

Muß weh tun

Die Wettbewerbswächter der EWG verfügten das höchste Bußgeld der europäischen Kartellgeschichte: 33 Millionen Mark. Sie strafte ein Zuckerkartell, dem auch drei deutsche Firmen angehören.

Drimal prüften die EWG-Beamten den Stoß von Geschäftsbriefen und Telex-Zetteln. Dann verschickten sie an die Geschäftsleitung des belgischen Zuckerkonzerns Tirlémont einen Strafbefehl in Höhe von 14 640 Mark. Die verdächtigen Zuckerproduzenten hatten den Brüsseler Kartell-Fahndern inkriminierende Korrespondenz unterschlagen.

Anderthalb Jahre später, kurz vor Weihnachten, empfangen die Tirlémont-Bosse neue Post aus Brüssel. Diesmal verlangten die Wettbewerbswächter aus der EWG-Zentrale mehr Geld. In einem kurzen Bescheid teilten die Brüsseler der Zuckerfirma mit, der Konzern sei wegen Mißachtung des Kartellverbots und Ausnutzung seiner marktbeherrschenden Stellung zu einer Buße von 5,5 Millionen Mark verdonnert.

Die Belgier befanden sich in bester Gesellschaft. Denn die EWG-Kommission hatte gleichzeitig an weitere 15 europäische Zuckergesellschaften Bußgeldbescheide in einer Gesamthöhe von 25,5 Millionen Mark wegen Verstößen gegen die Kartellartikel 85 und 86 der Römischen Verträge verschickt.

Ihre Mitgliedschaft im europäischen Zuckerkartell müssen die französische Sucres et Denrées sowie der italienische Konzern Eridania mit je 3,7 Millionen Mark, die Kölner Firma Pfeifer & Langen mit 2,9 Millionen Mark, die Mannheim-Süddeutsche Zucker-AG mit 2,56 Millionen Mark sowie die Oberurseler Südzucker-Verkauf GmbH mit 732 000 Mark bezahlen.

„Es war“, konstatierte Willy Schlieder, Abteilungschef der Brüsseler Kartellbrigade, „der bisher schwerste Schlag, den wir gegen Kartellsünder geführt haben.“

Den Schlag hatte der Brüsseler Wettbewerbswächter über drei Jahre lang vorbereitet. Schon im Frühjahr 1969 erhielten Schliers Kartellknacker erste Hinweise von Händlern, daß die großen Zuckerkonzerne die Freiheit der im Jahr zuvor verabschiedeten Zuckermarktordnung eher zu ihrem denn zum Vorteil der Verbraucher ausnutzten. Europas Zuckerbosse, von den Beschränkungen vergangener nationaler Zuckergesetze befreit, hatten sich flugs den europäischen Markt aufgeteilt.

Nach dem Prinzip „jeder für sich“ (ein EWG-Beamter) verwiesen beispielsweise die Produzenten in den Zuckerüberschußländern Frankreich und

Belgien kaufwillige Händler aus Deutschland an die Zuckergesellschaften im eigenen Land. Denn die Bosse von Tirlémont hatten mit der deutschen Südzucker verabredet, das raffinierte Gut nur unter den Herstellern auszutauschen und damit Händlern den Weg zum preisgünstigsten Produzenten zu verlegen.

Darüber hinaus fanden die Brüsseler Kartell-Detektive heraus, daß etwa die deutsche Südzucker-Verkauf GmbH ihre regionalen Wiederverkäufer verpflichtet hatte, nur mit ihrer Genehmigung Zucker aus anderen EWG-Ländern zu importieren. Zuckerverarbeiter wurden durch Treueprämien daran gehindert, den Lieferanten zu wechseln.

Die Italiener, die nahezu ihren gesamten Zucker aus dem EWG-Norden einführen müssen, hatten gar offen ein Kartellkontor gegründet. Die Zuckerimporte unterliegen in Italien ohnehin schon einem staatlichen Monopol.



EWG-Kartelljäger Schlieder
33 Millionen Mark Buße für 16 Firmen

Brüssels Wettbewerbswächter sammelten Korrespondenzen der Kartellisten (Schlieder: „Da blieb wenig zu erraten“) und knüpften aus den Indizien das Netz gegen die Zuckerverschwörer. Mitte Oktober versuchten die Kartellsünder sich in Brüssel zu rechtfertigen — vergebens.

Am 13. Dezember schließlich beschloß die EWG-Kommission, mit möglichst wirkungsvollen Strafen das europäische Zuckerkartell zu zerschlagen. Die Kommissare billigten den bisher höchsten Strafbefehl wegen verbraucherfeindlichen Verhaltens.

Kartell-Jäger Schlieder freute sich: „Es muß denen auch weh tun.“

Die meisten von ihnen werden sich jedoch vorerst nicht beugen. Sie wollen „in der klaren Atmosphäre des Gerichtshofs der Europäischen Gemeinschaften in Luxemburg“ (Tirlémont-Vorstandsmitglied Robert Rolin-Jacquemyns) Be-

rufung gegen die Bußgeldbescheide einlegen. Der westdeutsche Branchenführer Südzucker bezeichnete die Brüsseler Vorwürfe als nicht stichhaltig und „geradezu absurd“.

Auf den Widerspruch der Zuckerraffinerien reagierte EWG-Wettbewerbskommissar Albert Borschette gelassen: „Ein Urteil des Europäischen Gerichtshofs brauchen wir nicht zu scheuen.“

PARAGUAY

Tollwütige Ratten

Planmäßige Ausrottung, so warnen Völkerkundler, droht einem ganzen Indio-Stamm im Paraguay des Diktators Stroessner.

Sie selbst nennen sich „Aché“, das bedeutet: Menschen. Die übrigen Paraguayer jedoch bezeichnen diese im östlichen Paraguay lebenden Aché-Indios nur verächtlich als „Guayaki“ — als „tollwütige Ratten“.

„Für die paraguayischen Landarbeiter im Osten“, so notierte denn auch der italo-paraguayische Forscher Luigi Miraglia im Jahr 1941, „ist es nicht nur kein Verbrechen, sondern eine rühmenswerte Tat, einen Aché zu töten, so wie man einen Jaguar jagt.“

Drei Jahrzehnte später droht den Aché im Staat des deutschstämmigen Diktators Stroessner die völlige Ausrottung. „Planmäßigen Völkermord“ an den Indios beklagt der Frankfurter Völkerkundler Dr. Mark Münzel, 29, der kürzlich ein Jahr lang das Leben der Aché studierte.

Mit ihm gaben paraguayische Anthropologen, Völkerkundler und Priester Alarm: „Landraub, Vertreibungen, Vergewaltigungen, Raub und Verkauf von Kindern, körperliche Mißhandlung und Mord“, so prangerte der Jesuiten-Superior und Missions-Sekretär der Paraguayanischen Bischofskonferenz, Bartolomeu Meliá, die Verbrechen an den Aché an: „Genau all das hat es in diesem Jahr 1972 hier gegeben.“

Seit Jahrzehnten zeigten die Paraguayer — zu 95 Prozent Mestizen — gegenüber den nomadisierenden Wald-Indios jene Verachtung für die vermeintlich niedrigere Rasse, die sie selbst von den weißen Kolonisatoren erdulden mußten. Bestärkt von christlichem Irrglauben, daß die nicht getauften Eingeborenen keine Menschen seien, machten sie stets Jagd auf die Aché und handelten die Gefangenen als Sklaven.

Zwar verkündete 1957 der Oberste Gerichtshof, daß „die Indianer ebenso menschliche Wesen sind wie die anderen Einwohner des nationalen Territoriums“. Doch die Lage der Aché hat sich seither erheblich verschlimmert: Das unaufhaltsame Vordringen der Zi-

vilisation läßt den 500 bis 1000 Überlebenden dieses Stammes keine Rückzugsmöglichkeit mehr.

Neue Fernstraßen zur paraguayisch-brasilianischen Grenze beschleunigen die wirtschaftliche Erschließung der Urwälder im Osten Paraguays, in denen die Aché leben. Immer weiter rufen die Holzfäller und Siedler den Wald, auf den die Indios angewiesen sind. Denn die Aché kennen keinen Ackerbau, sie ernähren sich von Wildhonig, Palmenmark, Wildfrüchten und vom Fleisch der Waldtiere: von Wildschweinen, Tapiren, Ameisen- und Nasenbären.

Vergebens suchen sich die Waldmenschen durch Schreien, Klatschen und gelegentlich mit Pfeil und Bogen gegen die Eindringlinge zu wehren. Um ihre Jagdgründe gebracht, halten sie sich am Vieh der umliegenden Estancias schadlos. Widerstand und Diebstähle der Indios wiederum liefern den Estancieros den willkommenen Vorwand für Mordexpeditionen, die ihnen zusätzlichen Nutzen bringen.

So können sie nach paraguayischem Recht das den Eingeborenen reservierte Staatsland für sich beanspruchen, wenn kein Indio mehr darauf lebt und sie den Boden bereits nutzen. Zum anderen dienen die Morde an den Aché, wie die paraguayische Hauptstadt-Zeitung „abc color“ schreibt, dem Zweck, „der Aché-Kinder habhaft zu werden, die dann verkauft und als Diener aufgezogen werden“. Fünfjährige Indionädchen werden für kaum mehr als 15 Mark gehandelt.

Mehrmals in den vergangenen vier Jahren zogen zum Beispiel Vorarbeiter und Handlanger der Gutsbesitzer Retamozo Melgarejo und Parini in den Departements Caaguazú und Alto Paraná zu Überfällen aus, bei denen sie zahlreiche Aché niedermetzelten und deren Kinder raubten. Der paraguayische Anthropologe Miguel Chase Sardi beschrieb, wie ein Sklavenjäger gegen eine Aché-Familie vorging: Der Fänger erschoss zunächst den Vater. Als die Mutter ihre Tochter an sich reißen und fliehen wollte, trat er dem Kind auf die Hand und hieb der Mutter die Machete in den Hals. Später bot er das Mädchen im Ort Charará zum Kauf an.

Missionare und Forscher, Reporter und die Paraguayische Bischofskonferenz prangerten die Massaker und den Sklavenhandel vor den zuständigen Behörden und der Öffentlichkeit an. Doch Paraguays Obrigkeit unternahm nichts gegen die Indio-Killer oder zugunsten der gekidnappten Kinder. General Bejarano, Präsident des halbamtlichen „Paraguayischen Verbandes der Eingeborenen-Freunde“, verniedlichte die Massaker im Gegenteil als „Probleme“, wie sie „in jedem Teil der Welt normal“ seien.

* In Erwartung seines Todes hat sich der Indio nach Aché-Sitte die Brust mit Federn beklebt.



Sterbender Aché-Indio*
„Politik des Völkermords ...“

Ethnologe Münzel verdächtigt denn auch die Regierung, eine nur „als Wohltätigkeit maskierte vorsätzliche Politik des Völkermords“ zu treiben. Und tatsächlich unterstützte die für Paraguays Indios verantwortliche „Abteilung für Eingeborenen-Angelegenheiten“ des Verteidigungsministeriums die Endlösung der Aché-Frage durch Einrichtung eines Reservats — ausgerechnet unter der Verwaltung des Unteroffiziers und (so Münzel) „wohlbekanntem Aché-Jägers und -Händlers“ Manuel de Jesús Pereira.

Die Behörden ließen es zu, daß der Verwalter Jagd auf die noch in Freiheit lebenden Eingeborenen machte: Mit Hilfe gefügiger Aché-Hiwis fing er deren Stammesgenossen in den Wäldern — wer sich wehrte, wurde erschlagen — und deportierte sie gewaltsam in das Colonia Nacional Guayakí genannte Reservat.

Dort beherrschte Jesús Pereira die Insassen, denen er allen nach Sklavenhalter-Brauch seinen eigenen Familiennamen gab, wie „Gefangene in einem Konzentrationslager“ (so der Anthropologe Chase Sardi). Er sperrte manche zur Strafe in einen hölzernen Schraubstock, in dem sie weder stehen noch liegen konnten. Er vergewaltigte ein zehnjähriges Mädchen und drohte deren Eltern mit dem Tod.

In seinem Haus hielt sich Jesús Pereira zudem vier minderjährige und drei erwachsene Aché-Mädchen. Und auch Besuchern bot er Minderjährige an. Seinen kollabora-

tionswilligen Helfern teilte er eingefangene Frauen als Belohnung zu.

Da es im Reservat fast keine ärztliche Betreuung gab, starben viele der Neuankömmlinge selbst an so harmlosen Krankheiten wie Grippe. In einem Zeitraum von fünf Monaten zum Beispiel kam der zuständige Arzt aus der Hauptstadt Asunción nur einmal, und auch dann nur zu einem Diner mit Gästen. Die Indios wurden unterdessen weiter dezimiert: Fast nur mit Maniok und Mais versorgt, starben sie häufig an Unterernährung.

Zwar sammelte eine „Hilfskommission für die Guayakí-Indianer“ (CAIG) Geld und Nahrungsmittel für das Reservat. Doch der größte Teil der Spenden verschwand in den Taschen der Militärs oder des Verwalters. Die Zustände im Reservat verteidigte dieselbe Hilfskommission, deren Präsident der Geschäftsführer von „Hoechst del Paraguay“ und deren Vizepräsident deutscher Direktor einer Firma für Plastik-Erzeugnisse ist.

Vergebens versuchte daher auch Münzel, die CAIG im Frühjahr dieses Jahres gegen einen drohenden „indirekten Massenmord“ zu mobilisieren: Just als im Reservat eine Grippeepidemie grassierte, fing Jesús Pereira im März und April 171 weitere Aché ein. Die Folge: Von insgesamt 277 Reservat-Bewohnern lebten Ende Juli nur noch 202.

Nach öffentlichen Protesten und Klagen der Kirche beim Vatikan wurde daraufhin Jesús Pereira Anfang September schließlich gefeuert. Doch Jesuitenpater Meliá berichtete, weitere Indiofänge seien bereits geplant.



... als Wohltat maskiert“: Aché-Indios im Reservat